

Herr Hennig von der Verwaltung berichtete, dass man im Anschluss an die Sitzung am 18.09.2012 eine Bürgerversammlung durchgeführt habe, um den Vorschlag zur Parkmarkierung den Bürgern vorzutragen. Der Ablauf der Veranstaltung am 09.01.2013 sei der Vorlage zu entnehmen. Es sei gemischt und kontrovers diskutiert worden. Zusätzlich zu den Verwaltungsvorschlägen seien seitens der Bürgerschaft weitere Hinweise gegeben worden. Auch im Nachgang zur Veranstaltung seien Stellungnahmen aus der Bürgerschaft gekommen. Teilweise konnten sie berücksichtigt werden. So wie am 18.09.2012 berichtet soll nun die Probephase anlaufen. In allen Straßen werden Vorerhebungen und Geschwindigkeitsmessungen durchgeführt. Im Anschluss daran würden die Parkmarkierungen aufgebracht und nach einer Probephase entsprechende Nachmessungen durchgeführt. Anschließend würde hier im Ausschuss berichtet werden.

Auch Herr Nettesheim von der SPD-Fraktion teilte mit, dass bei der Bürgerversammlung kontrovers diskutiert wurde. Seitens der Bürger konnte keine einheitliche Regelung gefunden werden. Wichtig sei, dass nach der Probephase nicht nur der Ausschuss, sondern auch die Bürger informiert werden. Bezüglich der Aussage in der Sitzungsvorlage, dass ein 2. Bauabschnitt des P&R-Parkplatzes zur Lösung beitragen würde, frug er nach dem Sachstand.

Herr Hennig berichtete von einem Anruf vom Fördergeber, dem „Nahverkehr Rheinland“. Der Bewilligungsbescheid für die Förderung sei heute an die Stadtwerke Bonn gegangen. Wie vereinbart könne die von SSB und dem städtischen Tiefbauamt bereits fertig gestellte Ausschreibung in Umlauf gebracht werden. Mit einem Baubeginn sei noch in der 1. Jahreshälfte zu rechnen.

Frau Mölders von der CDU-Fraktion unterstrich die Aussagen über eine kontrovers geführte Diskussion. Ihr habe sich erschlossen, dass sich die unterschiedlichen Meinungen zum Projekt den Straßenzügen zuordnen lassen. In der ersten Straßenlinie parallel zur B 56, also Ernst-Moritz-Arndt-Straße und weiterführend Goethestraße, waren viele Anwohner dieser beiden Straßen für die Parkmarkierung, um den Schleichverkehr, der durch die beiden Kreuzungen B 56/Arnold-Jannsen-Straße bzw. B 56/Hammstraße entsteht, zu unterbinden. Die Anwohner aus der 2. Reihe, also Boelckestraße und Marienkirchstraße, lehnen die Probephase ab. In der Boelckestraße gebe es überwiegend Reihenhausbebauungen. Durch Parkmarkierungen würden zu viele Parkplätze vor den Häusern wegfallen. Die Marienkirchstraße sei die Straße mit dem meisten Verkehr zu den dort ansässigen Unternehmen, wie Sparkasse, Ärzte, Pfarrheim usw. Insbesondere entfielen an der Kirche viele Parkplätze. Nach einer Diskussion in ihrer Fraktion möchte man die Testphase in der 1. Reihe von der B 56 aus gesehen durchführen, Boelckestraße und Marienkirchstraße aber rausnehmen.

Herr Metz von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN halte es grundsätzlich für gut, dass die Verwaltung die Bürgerinformation durchgeführt hat. Schade finde er es, in der Testphase die Marienkirchstraße herauszunehmen und zwar vor dem Hintergrund, wie er eben beschrieben wurde, nämlich Sparkasse, „Ärzte, Schulweg usw. Er stellte die Sinnhaftigkeit, einzelne Straßen von einer Testphase herausnehmen, in Frage, da es dann schwierig sei, Wechselwirkungen zu beobachten.

Herr Steinkamp von der Verwaltung teilte mit, dass es möglich sei, Testphasen auch kurzfristig abzusetzen. Markierungen könnten mit schwarzer Farbe übertüncht und Verkehrszeichen abgehängt werden. Das sollte kein Grund sein, diese Testphase nicht einführen zu können.

Herr Züll von der FDP-Fraktion stellte fest, dass die Marienkirchstraße markant anders sei. Gerade deswegen solle man die Straße mit aufnehmen. Verdrehe man Stellschraubchen wie z. B. durch Einbahnstraßenregelungen usw. erzeuge man woanders Verkehre und damit neue Befindlichkeiten. Sollte die Verwaltung der Meinung sein, die beiden von der CDU-Fraktion genannten Straßen nicht mit einzubeziehen, könne seine Fraktion das mittragen. Auch könnte eine verkürzte Testphase in einigen Straßenzügen ein Kompromiss sein. Das möge die Verwaltung beantworten.

Herr Hennig stellte fest, dass es aus Sicht der Verwaltung Sinn mache, alle Straßen einzubeziehen. Ziel ist, mit den versetzten Parktaschen den Durchfahr-Widerstand zu erhöhen und die Geschwindigkeit zu bremsen. Da es eine ganze Weile dauere, bis sich die Anwohner auf die veränderte Situation eingestellt haben, halte er nichts von Testphasen mit Dauer von einer Woche.

Herr Metz wies darauf hin, dass bei einer Durchführung der Testphase nur auf Straßen der 1. Reihe sich die Verkehre auf die Marienkirchstraße verlagern könnten, diese würden dann aber nicht erfasst.

Herr Nettesheim von der SPD-Fraktion teilte mit, dass man der Testphase aller Straßen zustimmen werde.

Herr Köhler vom Aufbruch! erklärte, er habe kein Problem damit, der Verwaltungsvorlage zuzustimmen. Aber auch mit Streichung der beiden genannten Straßen könne man Effekte beobachten und zu neuen Schlüssen kommen, dass z. B. die Verdrängung in die Straßen erfolgt, die aus der Testphase herausgenommen werden.

Frau Mölders meldete sich erneut zu Wort. Am Beispiel der Marienkirchstraße machte sie deutlich, dass von der Hennefer Straße bei der ersten Rechts-vor-Links-Einmündung bereits eine Abbremsung erfolge. Danach ließe sich versetztes Parken nicht anbringen. Einzig vor dem Pfarrzentrum habe man den Schlängелеffekt. Aber in der Marienkirchstraße könne nicht durchgängig alternierend geparkt werden und daher mache sie als Testphase keinen Sinn. Bezüglich der Boelckestraße habe sie bereits die Bebauung erklärt. Sie gebe noch einmal zu bedenken, dass unterschiedliche Anliegerbedürfnisse vorlägen.

Der Ausschussvorsitzende fasste die Diskussion zusammen und stellte fest, dass der Antrag der CDU-Fraktion bestehe, die beiden Straßen Boelckestraße und Marienkirchstraße herauszunehmen. Danach sei der Bericht der Verwaltung zur Kenntnis zu nehmen.

Zunächst ließ der daher ließ über den Antrag der CDU-Fraktion, wonach die Boelckestraße und die Marienkirchstraße aus der Testphase herauszunehmen sind, abstimmen.

7 Ja-Stimmen
6 Nein-Stimmen
3 Enthaltungen

Damit war der Antrag, die Boelckestraße und die Marienkirchstraße aus der Testphase herauszunehmen, angenommen.

Danach stellte der Ausschussvorsitzende entsprechend dem Beschlussvorschlag der Verwaltung fest, dass der Ausschuss den Bericht zur Kenntnis genommen hat.